

Grüner Wind

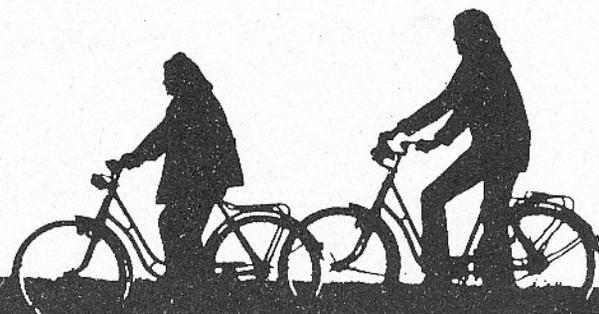
ins

Rathaus



Neubeginn mit

Ulrich Koch



Zur Person

Ulrich Friedrich Koch,
geboren am 20. Januar 1954 in Eschenrod, Kreis Büdingen,
verheiratet mit Dorothea Koch, geb. Zeuch, seit dem 6. Juli 1984,
Vater einer Tochter (9 Jahre) und eines Sohnes (7 Jahre)

Berufsausbildung als Sozialarbeiter und Sozialpädagoge
am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Wiesbaden

1975-1981

Berufstätigkeit

in der "Planungsgruppe beim Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden"
(4 Monate)

beim "Bund Deutscher Pfadfinder", Ortsverband Wiesbaden, (1 Jahr)

im "Nachbarschaftshaus Wiesbaden e.V." (seit mehr als 10 Jahren)

Arbeitsbereiche: alte Menschen und ausländische Familien

Politische Tätigkeit

Mitglied der Stadtverordnetenversammlung
der Landeshauptstadt Wiesbaden 1985 - 1989

gleichzeitig **Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher**
Mitglied des Ältestenausschusses
Mitglied im Ausschuß Jugend und Soziales

Mitglied des Ortsbeirates Wiesbaden-Mitte (20.000 EinwohnerInnen) 1989 - 1992
gleichzeitig **Stellvertretender Ortsvorsteher**

Mitglied im Jugendwohlfahrts-/Jugendhilfeausschuß (5 Jahre)

Mitglied des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt Wiesbaden (7 Jahre)

Mitglied der Gemeindevertretung Bickenbach seit 1993
gleichzeitig **Stellvertretender Vorsitzender der Gemeindevertretung**

Mitglied der Partei Die Grünen seit 1984

Direktkandidat der Grünen Wiesbaden zu den Bundestagswahlen im Herbst 1990

Vorsitzender des Allgemeinen Studentenausschusses 1977
Mitglied des Studentenparlamentes 1978
der Fachhochschule Wiesbaden

Vorsitzender des Betriebsrates im Nachbarschaftshaus Wiesbaden e.V. (4 Jahre)

(Ein Interview mit Ulrich Koch anlässlich seiner Kandidatur ist nachzulesen im
"Bickenbacher Magazin", Heft 49, Ausgabe September 1993, Seite 44)

Bürgermeisterwahl am 7. Nov. 93

Liebe Bürgerinnen und Bürger

Nach der Wahl der Gemeindevertretung vor 8 Monaten sind Sie aufgerufen, jetzt auch erstmals den Bürgermeister -den "Regierungschef"- von Bickenbach direkt zu wählen. Nach 25 Jahren Amtszeit von Karl Schemel fällt es schwer, sich einen personellen Neuanfang vorzustellen.

Ich kandidiere zur Bürgermeister-Direktwahl 1993. Dabei hoffe ich auf ihre Unterstützung als BürgerInnen und WählerInnen und weiß mich getragen vom Vertrauen der Bickenbacher Ortsgruppe von Bündnis 90 / Die Grünen.

Der neue Bürgermeister ist gebunden an die Mehrheitsbeschlüsse in der Gemeindevertretung. Zur Zeit haben wir eine besondere Situation. Unser Gemeindeparlament hat 23 Sitze. Bei 11 Sitzen der SPD, 6 der CDU, 4 der Grünen und 2 der FDP liegen die Mehrheitsverhältnisse ziemlich eindeutig zugunsten der Fraktion der SPD, zumindest dann, wenn sie geschlossen abstimmt. Die zur Mehrheit fehlende Stimme bekam sie in den vergangenen 8 Monaten immer.

Lohnt es sich dann überhaupt, einen anderen Kandidaten als den der SPD zu wählen ? Ich meine ja. Der Bürgermeister ist Chef der Verwaltung, also allein zuständig für deren Organisation, und Vorsitzender des Gemeindevorstandes, welcher der Gemeindevertretung Beschlußvorlagen unterbreitet. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Bürgermeisters den Ausschlag. Der Bürgermeister kann also Vorhaben initiieren und ist verantwortlich dafür, wie die Verwaltung arbeitet. Damit sind viele von Ihnen mehr oder weniger direkt konfrontiert.

Die Amtszeit des jetzt zu wählenden Bürgermeisters reicht bis ans Jahr 2000. Die Zeiten, die auf uns zukommen, sind schwierig. Bickenbachs Weg ins nächste Jahrtausend möchte ich gut ausleuchten und mit Ihnen behutsam gehen. Wünschenswerte Ziele haben ich und die grüne Ortsgruppe genug. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der Gemeindevertretung und der für die kommenden Jahre absehbar eng begrenzten finanziellen Mittel der Gemeinde wäre es jedoch unredlich, Illusionen zu erwecken.

Anhand in der Gemeinde aktueller politischer Stichworte möchte ich Ihnen meine Position darstellen. So können Sie einschätzen, was Sie von einem Bürgermeister Koch zu erwarten haben, worauf Sie rechnen können, aber auch wo Sie nicht auf meine Unterstützung bauen dürfen.

Staffelung der Kindertagesstättenbeiträge

Im letzten "Bickenbacher Magazin" (Heft 49, Seite 53) wurde sie vom Ersten Beigeordneten bereits angekündigt. Die Landtagsfraktionen von SPD und Grünen haben eine solche Staffelung durch die Änderung des Kindergartengesetzes möglich gemacht. Dies wird von mir aus verschiedenen Gründen schärfstens abgelehnt:

► Die Grünen haben Kindertagesstätten-Pädagogik immer als eine notwendige Ergänzung zur familiären Sozialisation angesehen -nicht als Luxusangebot- und konsequenterweise als langfristiges Ziel eine Beitragsfreiheit analog der Schulgeldfreiheit gefordert. Nicht die Eltern sollten durch Beitragserhebung für ihre Kinder bestraft werden, sondern der Staat sollte diese Einrichtung komplett aus den Steueraufkommen finanzieren. Da die Eltern ja auch der Steuerpflicht unterliegen, kann von einer Kostenbefreiung schlechterdings nicht gesprochen werden.

► Die Steuerpflicht ist durch die Progression sozial gestaffelt. Legitim wäre eine Auseinandersetzung über Steuergerechtigkeit. Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Materiell gesehen sind sie die Rentenzahler der Gesellschaft von morgen. Es kann nicht angehen, daß diejenigen, die Kinder in die Welt setzen, für deren Kindertagesstättenziehung auch noch doppelt zahlen sollen.

► Eine "erfolgreich" umgesetzte Sozialstaffel bei der Erhebung der Kindergartenbeiträge böte den Modellfall für andere Einnahmequellen: Kanalgebühren, Schwimmbadeintrittsgelder, Theaterkarten usw. . Mit der gleichen Argumentationslogik ließe sich das Schulgeld wieder einführen und sozialstaffeln.

► Analog zum Grundsatz 'Gleicher Lohn für gleiche Arbeit' muß auch gelten 'Gleiche Kosten für gleiche Dienstleistung'. Selbstverständlich gibt es Familien, die Beiträge für bestimmte Leistungen nicht aus ihrem Einkommen bezahlen können. Für diese Fälle müssen die Möglichkeiten des Bundessozialhilfegesetzes ausgeschöpft werden.

Die von den Landes-Grünen mitzuverantwortende Entwicklung ärgert mich maßlos. An diesem Punkt unterstützen sie die an anderer Stelle so gern und zu recht kritisierte Praxis der Kostenverlagerung von oben nach unten: Bund ► Land ► Gemeinde ► BürgerIn. Die Idee einer Staffelung der Kindertagesstättenbeiträge ist ja nicht neu. Sie soll jetzt in Hessen zu einer Zeit umgesetzt werden, in der die Haushaltsmittel spärlicher fließen. Dies gibt Anlaß zu Befürchtungen, daß es -sozial kaschiert- um die Erschließung zusätzlicher Einnahmen geht.

Die Gemeinde Bickenbach hat nicht die Möglichkeit, diese Ausfälle aus eigener Kraft auszugleichen. Sie wird nicht um eine Beitragserhöhung herumkommen. Ich werde mich dafür einsetzen, daß die Gemeinde vor einer Entscheidung über eine Beitragserhöhung zunächst den Prozentsatz der Kosten festschreibt, der durch die Beiträge aufgebracht werden soll. Eine zukünftige Erhöhung sollte dann an die Steigerungsrate der Lebenshaltungskosten gekoppelt werden.

Wassernotstand

Der Grundwasserspiegel nicht nur in unserer Region ist in den letzten zehn Jahren dramatisch gefallen. Da hilft alles Drumherumreden nichts. Auch wenn das Gemeindegebiet keine Insel ist und wir von der Wasserentnahmepolitik der Wasserversorgungsunternehmen sowie klimatischer Unwägbarkeiten bzw. Veränderungen betroffen sind, gibt es hier vor Ort Handlungsmöglichkeiten. Wir alle sind zum sparsamen Umgang mit dem unersetzlichen Gut Trinkwasser aufgerufen.

Statt sich um die Aufhebung der Einschränkungen aus der Notstandsverordnung zu bemühen, könnte die Gemeinde bessere Beiträge leisten. Meine Ziele sind in diesem Zusammenhang:

- Auflage zur Installation von Brauchwasseranlagen bei der Ausweisung von Bebauungs- und Gewerbegebieten
- Organisation von Beratungsangeboten für BürgerInnen wie Gewerbetreibende, die solche Anlagen nachträglich installieren wollen
- Einrichtung eines Fonds für begrenzte Investitionskostenzuschüsse als Anreiz für die Installation von Brauchwasseranlagen
- Beispiel geben durch die Installation einer solchen Anlage im Rathaus auch mit der Funktion eines öffentlich zugänglichen Anschauungsprojektes
- Zusage eines Verzichtes auf die Erhebung von Kanalgebühren für Brauchwasser für die nächsten fünf Jahre.

Privat haben wir bei unserem Eigenheimbau von vornherein den Einbau einer Regenwassernutzungsanlage eingeplant und umgesetzt in den Anwendungsbereichen Toilettenspülung, Waschmaschine und Zapfstelle für Putzwasser bzw. Gartenbewässerung. Über ein Jahr Betriebsdauer konnte unser Trinkwasserverbrauch fast auf die Hälfte reduziert werden. Der Einsparungseffekt ist also erheblich und lohnt gemeindliche Anstrengungen.

Umgehungsstraße

Sie können fragen, wen Sie wollen, alle fühlen sich durch den stark zunehmenden Verkehr gestört oder gar bedroht: Unfallgefährdung vor allem von Kindern und alten Menschen, gesundheitliche Beeinträchtigung, Lärmbelästigung, längere Wegzeiten. Dem steht gegenüber der Bedarf nach möglichst ungehinderter jederzeitiger Mobilität für den Arbeitsweg bzw. in der Freizeit. Schuld an der Misere sind natürlich die "Anderen", wie das Schlagwort vom Durchgangsverkehr scheinbar griffig bestätigt. Als Allheilmittel wurde der Bau einer Umgehungsstraße propagiert. Dies wollen viele BürgerInnen -wie die Verkehrsumfrage vom Herbst letzten Jahres bestätigte-, nur möglichst nicht vor der eigenen Haustür.

Von einer Umgehungsstraße halte ich nichts; sie verlagert das Problem nur, ja verschärft es sogar. Unter Fachleuten unbestritten ist der Effekt, daß neue Straßen neuen Verkehr geradezu magisch anziehen. In der trügerischen Hoffnung, schneller ans Ziel zu kommen, wird sie viele zum Umstieg aufs Auto auch noch motivieren und ermutigen. Dies ist absolut unakzeptabel, da Bickenbach verkehrsmäßig vergleichsweise günstig angebunden ist: Bundesbahn, Straßenbahn, Omnibus und Radwegverbindungen nach Alsbach, Jugenheim, Seeheim, Eberstadt und Darmstadt.

An den Alternativen zum Auto gibt es eine Menge zu verbessern:

- | | |
|--------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <i>Bundesbahn</i> | Wartesaal und Kioskbetrieb im Bahnhofsgebäude Zukunftsperspektive: Reisebüro mit Kartenverkauf Ausbau von 'Bike and Ride' bzw. 'Park and Ride' Zubringerfahrdienste aus den Nachbargemeinden abschnittsweise Anhebung der Bahnsteige zur Erleichterung des Einstiegs Umgestaltung der Unterführung zur Verbesserung der Fahrrad- und Kinderwagenmitnahme Anschlußgleise ins Gewerbegebiet sowie zur Fa. Wolf Erhalt und Renovierung des Bahnhofgebäudes |
| <i>Straßenbahn</i> | Verlängerung der "Schnellen 8" bis an die Endhaltestelle in Alsbach Nachtlinie im Stundentakt |
| <i>Bus</i> | gegenläufige Ringbuslinie Bahnhof Bickenbach-Seeheim-Jugenheim-Alsbach- Sandwiese-Hähnlein Verkehrsanbindung nach Pfungstadt |
| <i>Fahrrad</i> | Erweiterung und zeitgemäßer Ausbau der Fahrradabstellanlage am Bahnhof, am Rathaus, am Bürgerhaus, an der Schule und in der Jagdschloßanlage Erneuerung des Radweges Richtung Schuldorf/Seeheim Erschließung und Bau eines Radwegs Richtung Pfungstadt (Wellenbad) Beschilderung von Radwegen, verständlich auch für Ortsfremde |

Diese Perspektiven können natürlich nicht von Bickenbach aus alleine umgesetzt werden. Als Bürgermeister würde ich meine Möglichkeiten und alle Energie für diese Ziele einsetzen und zwar durchaus auch eigenmützig. Meine Familie und ich möchten wie Sie möglichst schnell und unbehindert an unser jeweiliges Ziel kommen. Wenn Sie meinen, daß es uns lediglich um den Erhalt der schönen Aussicht an der Alsbacher Straße geht, die wir uns nicht durch eine Ostumgehung zubauen zu lassen wollen, dann haben Sie auch recht. Meine Familie hat das Auto schon vor vier Jahren abgeschafft und nutzt seither öffentliche Verkehrssysteme.

Bitte denken Sie auch daran: Wir Bickenbacher produzieren mit unseren Autos überall anderswo selbst den ungeliebten "Durchgangsverkehr".

Jagdschloßanlage

Den Wiederaufbau der **Kaserne** hat sich die Gemeinde viel Geld kosten lassen. Leider wurde nicht der gleiche Aufwand zur Ideenfindung für die Anschlußnutzung zum Beispiel in Form eines Wettbewerbes betrieben. Ein Konzept ist nur in Bruchstücken erkennbar.

Spezielle Nutzungserfordernisse hätten, wenn sie von vornherein miteingeplant worden wären, schon beim Aufbau berücksichtigt werden können. So scheitert nach meiner Auffassung die für sich gesehen gute Idee einer Teilnutzung als stationäre Altenhilfeeinrichtung unter Umständen schon daran, daß der Zugang für gehbehinderte Menschen bzw. RollstuhlfahrerInnen nur durch teure Umbauarbeiten erträglich gestaltet werden kann. Unter den gegebenen Bedingungen ist schon die Bewirtschaftung einer solchen Einrichtung erschwert. Entsprechende bauliche Veränderungen kosten Beträge, welche die Gemeinde zur Zeit nicht aufbringen kann.

Der schöne und trockene Gewölbekeller legt eine gastronomische Nutzung nahe. Die zuvor notwendigen Einrichtungs- und Umbauarbeiten machen Investitionen in Höhe von schätzungsweise DM 500.000 erforderlich. Diese sind wiederum nur rentierbar, wenn es anschließend gelänge, "gehobenes Publikum" als Kundenkreis zu gewinnen. Angesichts einschlägiger Konkurrenz allein schon im näheren Umkreis wird dies wohl ein unkalkulierbares Risikounterfangen, dem sich ein potentieller Investor kaum aussetzen wird.

Die Gemeinde kann sich einen Leerstand nicht leisten. Jede weitere bauliche Ausgestaltung engt jedoch die Nutzbarkeit des Gebäudes ein. Ein komplettes Nutzungskonzept muß her. Nach meiner Auffassung ist zu prüfen:

Ansiedlung von Teilen der Kreisverwaltung

Ansiedlung von Gewerbe aus dem Dienstleistungssektor

Umsiedlung der kompletten Ortsverwaltung, gleichzeitig Verkauf des Rathauses.

Die letztgenannte Möglichkeit ist von den Grünen seither abgelehnt worden, da unsere Gemeinde sich ein so teures Rathaus nicht leisten sollte. Jetzt sind jedoch Fakten geschaffen worden, die zu solchen Überlegungen zwingen.

Davon unabhängig sind die Wohnungen schnellstmöglich zu vermieten.

Das **ehemalige Gebäude der Raiffeisenbank** ist gegen den Willen der Grünen direkt nach dem Umzug des Bankunternehmens niedergelegt worden. Nicht aus der Überzeugung heraus, daß dieses Gebäude ein bauliches Kleinod und deshalb erhaltenswert sei, sondern in der Auffassung, daß die Kosten eines Abbruchs in Zeiten des vielbeschworenen 'knappen Geldes' aktuell nicht verantwortbar wären, beantragten wir einen Aufschub. Ganz abgesehen davon gibt es in der Gemeinde Bedarf an öffentlich nutzbaren Räumlichkeiten, der vorübergehend -fünf bis zehn Jahre- in dem Altbau zu erträglichen Kosten hätte befriedigt werden können. Unser Antrag ist von allen anderen Fraktionen in der Gemeindevertretung abgelehnt worden. Kauf und Abbruch des Gebäudes haben die Gemeinde rund 1,5 Millionen gekostet. Folgekosten durch Herrichtung des Platzes und kostenlose Überlassung von Parkplätzen sind da noch nicht miteingerechnet. Angesichts weiterer Großprojekte wie Bundesbahnüberführung und Bau des Kindergartens Hasentanne -die wir unterstützen-, war das 'Projekt Raiffeisenbank' ein finanzielles Abenteuer.

Die **Jagdschloßanlage** ist nach dem Gebäudeabbruch unbestreitbar optisch aufgewertet worden. Leider fehlt bis heute ein Gestaltungskonzept für die Gesamtanlage, das Festlegungen im Bebauungsplan konkretisiert. Dies hatten die Grünen im übrigen als Vorbedingung für einen Abbruch des Gebäudes gefordert und war von der SPD in Gesprächen nach den Kommunalwahlen auch zugesichert worden. Wir warten noch heute...
Stattdessen werden Parkplatzprovisorien hergerichtet - unter denen der einstmals vielbeschworene 'Ortsmittelpunkt' begraben zu werden droht.

Die Gestaltung und Nutzung der Jagdschloßanlage wäre ein Schwerpunkt meiner Aktivitäten als neuer Bürgermeister in den nächsten Jahren.

BürgerInnen - Beteiligung

Die vielzitierte Politikverdrossenheit liegt meiner Meinung nach unter anderem darin begründet, daß BürgerInnen oft den Eindruck bekommen, ihre Meinung sei allenfalls alle vier Jahre in Form eines Kreuzchens an der hoffentlich richtigen Stelle gefragt. In Bickenbach findet üblicherweise einmal kurz vor Jahresende eine Bürgerversammlung statt. Da werden dann viele Themen abgehandelt. Den Anforderungen der Hessischen Gemeindeordnung wird damit zwar Genüge getan, eine detaillierte Auseinandersetzung mit aktuellen und kontrovers diskutierten Themen ist jedoch nur schlecht möglich. Mich wundert, daß dieses Instrument zur Willensbildung und Meinungsfindung nicht mehr genutzt wurde.

Seit Mitte des Jahres liegt ein Antrag der Grünen auf Eis, eine Bürgerversammlung zum Thema Verkehrsführung im Umfeld von Bürgerhaus, Schule und Kindertagesstätte Hasentanne mit dem Ziel einer Reduzierung von Unfallgefahren für AnliegerInnen wie Passanten durchzuführen. Dies, obwohl diese Idee anläßlich von Gesprächen mit allen in der Gemeindevertretung befindlichen Fraktionen nach der Kommunalwahl unsererseits vorgetragen worden und auf prinzipielle Zustimmung gestoßen war.

Wir haben den Eindruck, daß sich die gemeindlichen Gremien schwer tun, kontroverse Themen offen auszutragen. Nach meiner Überzeugung ist es notwendig, daß sich das "Rathaus" stärker öffnen muß: Bürgerversammlungen zu einzelnen Schwerpunktthemen, Einrichtung eines "Runden Tisches" zur Austragung von Meinungsverschiedenheiten zwischen gesellschaftlichen Gruppen Bickenbachs. Regelmäßige Treffen mit den gemeindlichen Körperschaften der Nachbargemeinden zu uns gemeinsam betreffenden Fragen erleichtern das nachbarschaftliche Miteinander, ohne daß Bickenbach dabei seine Selbständigkeit verliert.

Die gute Praxis des Bürgermeisters Schemel, nahezu jederzeit für jede Bürgerin und jeden Bürger ansprechbar zu sein, möchte ich gerne fortführen.

Die von der Hessischen Gemeindeordnung geforderte Einrichtung eines Frauenbüros in den Kommunalverwaltungen ist auch in Bickenbach baldmöglichst einzulösen. Diese Chance zur Verbesserung der Situation von Frauen, darf nicht ungenutzt bleiben. Dabei ist unverzichtbar, zuvor ein Konzept für dessen Aufgaben und Arbeitsweise mit interessierten Frauen zu beraten.

Für die erste Bürgermeister-Direktwahl in Bickenbach am 7. November 1993 bitte ich um Ihr Vertrauen.

Ulrich Friedrich Koch

Wenn Sie noch Fragen haben, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung. Telefon 1337



Bürgermeisterkandidat

Ulrich Koch lädt ein:

- **Ortstermin: Landbach-Renaturierung**

Informativer Spaziergang am Landbach

Sonntag 31.10.93 um 14.00 Uhr

Treffpunkt: Parkplatz Erlensee

- **Infostand am Jagdschloß**

Samstag 23.10.93 9.30 - 12.00

Samstag 30.10.93 9.30 - 12.00

